

Mehr Tram, Bus und Velo auf Kosten der Autofahrer

Hauchdünn haben die Zürcher Stimmberechtigten der Städteinitiative zugestimmt. Die Unterlegenen sprechen von einem «schwarzen Tag».

Von Peter Aeschlimann

Zürich - Im Dreisekundentakt drückte Markus Knauss (Grüne) auf den Refresh-Button des städtischen Laptops im Verwaltungszentrum Werd. Es fehlte noch das Resultat aus dem Kreis 10 - und die Höngrer liessen sich Zeit. «Nicht spannend», sagte Balthasar Glättli (Grüne) und rieb sich die Hände. Ein Ja sowohl zur Städteinitiative wie zum Gegenvorschlag der Stadt zeichnete sich bereits früh ab. Äusserst knapp wurde es indes bei der Stichfrage. Während sich die einen die Warterei mit Schokolade und Fachsimpeleien über die Transferpolitik der Grasshoppers versüssten, besprach sich Stadträtin Ruth Genner (Grüne) mit ihrem Kommunikationschef Pio Marzolini. Würde sie als Gewinnerin oder Verliererin vor die Medien treten?

Kurz vor 16.30 Uhr stand das Resultat endlich fest: Der Volksinitiative «Zur Förderung des ÖV, Fuss- und Veloverkehrs in der Stadt Zürich» stimmten 52,4 Prozent der Stimmberechtigten zu. Zum Gegenvorschlag der Stadt sagten sogar 64,3 Prozent Ja. Bei der Stichfrage zeichneten 26 882 ihr Kreuz bei der Städteinitiative, 26 243 beim Gegenvorschlag. 639 Stimmen machten also den Unterschied - und Ruth Genner zur Verliererin des gestrigen Wahlsonntags.

«Unrealistische Zielvorgabe»

Ganz Politikerin, verstand es die Tiefbauvorsteherin danach freilich, dem Resultat etwas Positives abzugewinnen: «Ich bin erfreut, dass die Politik des Stadtrats im Grundsatz unterstützt wird.» Man habe immer betont, dass man grundsätzlich mit den Forderungen von Umverkehr einverstanden sei, die Übergangsbestimmung jedoch für unrealistisch halte. Dennoch hat Genner

nun von den Zürcherinnen und Zürchern den Auftrag gefasst, künftig umweltfreundliche Verkehrsmittel noch stärker zu fördern, als dies bereits heute der Fall ist. Und alles zu unternehmen, damit der Anteil des motorisierten Individualverkehrs am Gesamtverkehr bis in 10 Jahren um 10 Prozentpunkte gesenkt werden kann. «Wir müssen nun schauen, wie wir von unseren Partnern beim Bund und Kanton Unterstützung bekommen können, um dieses Ziel zu erreichen», sagte Genner. Es mache sie etwas ratlos, dass ihr Gegenvorschlag zwar wesentlich mehr Ja-Stimmen gemacht habe als die Initiative, es bei der Stichfrage jedoch über 8000 Enthaltungen gab.

Umverkehr-Geschäftsleiter Thomas Stahel freute sich über das «überraschende Resultat». Der Stadtrat müsse nun bei der Förderung des ÖV, Fuss- und

Veloverkehrs einen Zacken zulegen. Es brauche mehr Platz für Velos auf der Strasse, wenn nötig auch durch Spur-reduktionen auf Kosten des Autos. Gemeinderätin Simone Brander (SP) forderte die baldige Planung einer neuen Tramlinie nach Affoltern.

«Autofahrer nicht erwünscht»

Tristesse war bei den Gegnern angesagt. Mauro Tuena (SVP) sagte, dass nun drastische Massnahmen zu befürchten seien. Als Autofahrer sei man in Zürich nicht mehr erwünscht. «Rot-Grün muss das jetzt ausbaden.» Wer die Stadt kaputt mache, müsse dafür auch Verantwortung übernehmen. «Heute ist ein schwarzer Tag fürs Gewerbe», sagte Michael Baumer (FDP). Die Stadt sei tief gespalten in der Frage, wie der Verkehr der Zukunft bewältigt werden soll.

Kommentar von Peter Aeschlimann

Jetzt muss Genner Gas geben

Im November 2008 hatten die Zürcher A gesagt, gestern sagten sie nun B. Sie wollen zur 2000-Watt-Gesellschaft werden und sind bereit, dafür massive Einschränkungen bei der Mobilität in Kauf zu nehmen. Gelingt es dem Stadtrat nicht, in zehn Jahren den Autoverkehr um bis zu ein Drittel zu senken, verstösst er nach dem knappen Ja zur Städteinitiative gegen die eigene Verfassung. Dass das hochgesteckte Ziel nicht mit dem Aufstellen von ein paar verkehrsberuhigenden Pollern oder Tempo-30-Schildern zu erreichen ist, dürfte allen Beteiligten klar sein. Auch

alleiniges Vertrauen in den gesellschaftlichen Wandel und das Ansteigen der Ölpreise wäre naiv. Dennoch nahm gestern niemand vom Initiativkomitee den Begriff Roadpricing in den Mund. Das überlässt man gerne Tiefbauvorsteherin Ruth Genner (Grüne). Sie muss nun bei Kanton und Bund dafür und für weitere Eingriffe weibelnen gehen. Auf diese «Mission Impossible» hat sie das Volk geschickt. Aber wie es in einem Werbeslogan heisst, der ironischerweise ausgerechnet aus der Autobranche stammt: «Nichts ist unmöglich.»

Stadtkreise	Städteinitiative «Zur Förderung des ÖV, Fuss- und Langsamverkehrs»			Gegenvorschlag zur Städteinitiative			Wohnbauaktion 2011 (Darlehen über 30 Millionen)			Initiative «Tiefere Sperrklausel für Gemeinderatswahlen»		
	Ja	Nein	% Ja	Ja	Nein	% Ja	Ja	Nein	% Ja	Ja	Nein	% Ja
Kreis 1+2	2943	3324	47,0	3643	2437	59,9	5012	1213	80,5	1982	3818	34,2
Kreis 3	4262	2751	60,8	4839	1981	71,0	5966	1057	84,9	2363	3993	37,2
Kreis 4+5	3792	1521	71,4	3968	1169	77,2	4666	582	88,9	2101	2578	44,9
Kreis 6	3376	2531	57,2	4025	1736	69,9	4963	955	83,9	1936	3460	35,9
Kreis 7+8	4748	5448	46,6	6102	3850	61,3	8180	2016	80,2	3213	6313	33,7
Kreis 9	3285	3669	47,2	3944	2786	58,6	5379	1558	77,5	2059	4391	31,9
Kreis 10	3795	3668	50,9	4624	2644	63,6	5926	1462	80,2	2359	4437	34,7
Kreis 11	3947	4256	48,1	4892	3148	60,8	6405	1845	77,6	2584	5114	33,6
Kreis 12	1345	1456	48,0	1521	1134	57,3	2170	662	76,6	824	1804	31,4
Stadt Zürich	31493	28624	52,4	37558	20885	64,3	48667	11350	81,1	19421	35908	35,1

Stimmbeteiligung: 28,5%